

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 141.

Neuenbürg, Samstag den 21. Juni 1919.

77. Jahrgang.

## Rundschau.

Zur Schwurgerichtsprozess gegen Ödne und Genossen, die wegen Aufruhrs und Landesverrats auf der Angeklagtenliste stehen, hat nach 14-tägigen Verhandlungen mit einem glatten Freispruch geendet. Der freisinnige Berg hat eine wenig kleine Maus geboren, die Regierung aber eine Niederlage erlitten, die von Spartakus für seine politischen Zwecke ergiebig ausgeschlachtet werden wird. Der Zug nach links geht weiter. Das sehen wir zur Genüge an den bevorstehenden Gemeinderatswahlen. In München z. B. werden häufig die Unabhängigen die stärkste politische Partei bilden; ihre Stimmen schwellen auf Kosten der Mehrheitssozialisten an. Diesen graut vor dem Revolutionssozialismus noch. Kein Wunder, wenn sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar neben starker Ermüdung ausgeglichene Unzufriedenheit mit der bisherigen Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder bemerkbar gemacht hat. Man sieht allmählich ein, daß es leichter ist, graue Vorurteile aufzustellen, als sie in entsprechende Taten umzuwandeln. Welche Hoffnungen wurden nur an das Schlagwort „Sozialisierung“ geknüpft! Heute muß der Reichswirtschaftsminister Wiffel, trotz seiner sozialdemokratischen Gesinnung, auf dem Gebiet der „gebundenen Planwirtschaft“ die größten Einschränkungen machen; sie haben sogar den Grund zu einer Kabinetskrise gelegt, die aber verjährt ist, inzwischen aber, eine natürliche Folge der Haltung der Mehrheit des Ministeriums in Sachen der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages, Tatsache geworden ist. Das erste Ministerium der Revolution, das Ministerium Scheidemann gehört der Vergangenheit an; ihm wird, wenn nicht alles trägt, ein solches folgen, das unter dem Druck des händes den Gewaltfriedenvertrag unterzeichnet.

Wir stehen auf dem höchsten Punkt des Ringens um den Weltfrieden, der 16. Juni, da die Entente der deutschen Friedensdelegation die Antwort auf die Gegenvorschläge überreicht hat, wird nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit als ein schwarzer Tag bezeichnet werden können. Denn dieses neue Schanddokument ist nur eine Wiederholung der Bedingungen, die die deutsche Regierung und die Mehrheit des deutschen Volkes bereits als unannehmbar bezeichnet haben. Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen sind aufrecht erhalten. Von den territorialen Forderungen ist so gut wie nichts bewilligt worden, weder im Westen, wo die Ententetruppen in voller Ausübung marschbereit stehen, noch im Osten, wo die polnische Armee ihren Aufmarsch vollzogen hat. Danzig ist eine deutsche Stadt gewesen. Unsere Kolonien sind dahin. Wir sollen und dürfen nach dem Willen des Vierzehnten, der seit dem Beitritt Japans zum Vierzehnten geworden ist, nicht mehr hochkommen. Die Zulassung zum Völkerbund ist uns nach Ententegnadungen in Aussicht gestellt, wenn die deutsche Volkseele einen Läuterungsprozess durchgemacht hat. Mit zynischem Hohn und heuchlerischer Dialektik wird uns gefesselt am Boden liegenden Deutschland nochmals die Schuld am Krieg vor Augen gehalten und auf die Auslieferung der am Kriege „Schuldigen“ bestanden. Heute ist keine Rede mehr davon, daß das deutsche Volk glimpflicher behandelt werden soll, wenn es sich von der verhassten Preußen- und Hohenzollernherrschaft befreit haben wird. Heute muß Deutschland bestraft werden, weil es die Revolution zu spät gemacht hat, weil es den Unterseebootskrieg als ein Verbrechen gebilligt hat, indes die unmensliche Hungerblockade mit gehetzter Gier als eine gerechte und angemessene Kriegsmassnahme ausgelegt wird. Aber dürfen wir uns wundern, daß Clemenceau die Schuldfrage gegen uns ausbreitet, wenn sogar Deutsche sich nicht schämen, zu behaupten, wir allein seien am Weltkrieg schuldig? Dürfen wir uns wundern über die schwächste Verhandlung, die je einem Volke in der Geschichte von seinen Feinden zuteil wurde, wenn man bei Ausbruch der Revolution von einem demokratischen Abgeordneten das Wort hören konnte: Es ist eine Lust zu leben! In Tagen, da dem deutschen Volk nichts mehr geblieben ist, als die „Erzengelischen der Revolution“, da die Revolution das deutsche Volk zerschlagen hat. Fürchtbar ist das Gericht über die Männer des 9. November heringebracht, die heute Deutschlands Todesurteil unterzeichnen müssen; sie, die ihre Hoffnung bis zuletzt auf die feindlichen Völker gesetzt haben, müssen sich heute davon überzeugen, daß sie auf Sand gebaut haben. Die Entente will heute nichts mehr wissen von einem Verständigungs- und einem Rechtsfrieden, von Selbstbestimmung der Völker usw. Aber „Gerechtigkeitsfrieden“, so spricht es aus ihrem schlechten Gewissen. In Spaltenlangen Artikeln führt sie nochmals ihren Völkern zu Gemüte, welcher Abgrund von Schandlichkeiten doch in diesem Preußen-Deutschland steckt, indes sie selbst den ursprünglichen Friedensentwurf heute noch schamhaft ihren

Völkern verbirgt. Welcher Geist bei ihr herrscht, konnte nicht treffender charakterisieren, als die widerliche Szene bei der Abreise unserer Friedensdelegierten von Versailles, die vom Böbel, Offizieren und Studenten mit Steinen beworfen wurden. In diesen Tagen nun vollzieht sich die größte Entscheidung in der Weltgeschichte. Bis Montag muß die Antwort auf die Frage erfolgen: Annehmen oder ablehnen. Sollen wir einen in seinen Folgen für Land und Volk entsetzlichen Friedensvertrag unterschreiben oder unter Uebernahme der nicht minder entsetzlichen Folgen unsere Unterschrift verweigern? Wie immer die Entscheidung der verantwortlichen Männer, die jetzt in Weimar beisammen sind, ausfallen möge, das ist sicher: Deutschland hat als Großmacht aufgehört zu sein; das deutsche Volk taumelt einer tief schwarzen Zukunft entgegen.

## Deutschland.

Darmstadt, 19. Juni. Bei der Befestigung von Griesheim durch die Franzosen wurde erneut festgestellt, daß die Franzosen sofort nach der Befestigung umfangreiche Nachforschungen anstellen nach deutschen Militärpersonen, die aus der Gefangenschaft entwichen sind. Die dort befindlichen Rückläufer haben sich rechtzeitig diesen Nachforschungen entzogen.

Berlin, 20. Juni. WTB. muß melden: General Gröner ist zum Reichsminister nach Weimar berufen worden, um mit ihm über die laufenden Geschäfte zu verhandeln. An den politischen Besprechungen, insbesondere auch an der Kabinetsitzung hat er nicht teilgenommen. Die oberste Heeresleitung hört am Tage des Friedensschlusses auf zu bestehen. An der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Friedens wirt sie nicht mit. — Es ist nicht gerade erheben, wie außerordentlich ängstlich die Reichsregierung in der Bekanntgabe dieser Notiz erscheint.

Frankfurt a. M., 20. Juni. In einer gestern abend einberufenen, von mehreren tausend Personen besuchten öffentlichen Versammlung auf dem Börseplatz erklärten sich die Teilnehmer in der Abstimmung für die Unterzeichnung des Vertrages unter Protest.

## Zum Rücktritt des deutschen Kabinetts.

Weimar, 20. Juni. Reichspräsident Ebert wird voraussichtlich bereits heute einen neuen Ministerpräsidenten berufen, der mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. In politischen Kreisen nimmt man an, daß vielleicht die bisherigen Minister Noske oder Dr. David mit der Neubildung des Kabinetts betraut würden.

Man darf wohl aus dem Rücktritt des bisherigen Kabinetts schließen, daß das neu zu bildende Kabinett sich unter gewissen Voraussetzungen mit der Annahme des Friedensvertrages einverstanden erklären dürfte.

Der Rücktritt des Kabinetts ist auf die Uneinigkeit der Kabinetsmitglieder unter sich und mit den Parteien zurückzuführen. Um 10 Uhr abends schien es gestern noch, daß in der Nationalversammlung auf Grund der Probeabstimmung in den Fraktionen eine Majorität gegen die Unterzeichnung vorhanden wäre.

Mittlerweile waren aber die Mehrheitssozialisten zu ihrer Fraktionsführung zurückgekehrt und stimmten neuerdings ab. Nach dieser Abstimmung, die etwa dasselbe Ergebnis wie die Probeabstimmung, also ungefähr 2/3-Majorität für die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages ergeben hatte, wurde von den Mehrheitssozialisten beschlossen, bei der Abstimmung im Plenum den Fraktionszwang auszuüben, d. h. die ganze Fraktion soll geschlossen für den Frieden stimmen müssen, ohne Rücksicht auf die Abstimmung innerhalb der Fraktion.

Dieser Beschluß schien den weiterblickenden Führern in der Partei wegen des bedingungsweisen zustimmenden Beschlusses des Zentrums und der Ablehnung durch die Deutschdemokraten mit 55 Stimmen notwendig, weil sonst keine Mehrheit für die Annahme der Friedensbedingungen in der Nationalversammlung zu finden gewesen wäre.

Nunmehr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen. Dem Kabinett ist mit Hilfe der Scheidemannschen Stimme, die für zwei gilt, die Mehrheit gegen die Annahme des Friedensvertrages gewesen. Deshalb stellte das Kabinett an die Fraktion die Forderung, sie sollte einen Beschluß herbeiführen, daß für den Fall der Ablehnung der einschränkenden Bedingungen des Zentrums durch die Entente die Parteien eine Ablehnung der Friedensbedingungen wünschen. Von einer Krise unter der Mehrheitssozialdemokratischen Partei kann selbstredend keine Rede sein, da die Rechtssozialisten nicht nur beschlossen haben, den Frieden zu unterzeichnen, sondern auch den Fraktionszwang in dieser Sache auszuüben, also die Partei geschlossen stimmen zu lassen.

Gegen ein Kabinett Hermann Müller als Nachfolger des Ministeriums Scheidemann hat auch ein Kabinett Erz-

berger Aussicht. Das Kabinett Erzberger würde ein Kabinett aus Mehrheitssozialisten und einigen Außenstehern sein, die bereit sind den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

So wenig im Übrigen die Lage sich übersehen läßt und so sehr sie sich nun heute von Stunde zu Stunde verändern mag, so läßt sich doch sagen, daß alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß der Friedensvertrag schließlich nicht unterzeichnet werden. Dafür bürgt die Haltung der Mehrheitssozialisten.

Erzberger würde natürlich bei seinem Kabinett verbleiben, die Unabhängigen in sein Kabinett zu ziehen. Die Unabhängigen würden, soviel feststeht, einen Eintritt in ein Kabinett Erzberger ablehnen. Die Unabhängigen sind nur geneigt, ein rein sozialistisches Kabinett zu bilden und sich mit den bürgerlichen Parteien auf eine Kabinettsbildung nicht mehr einzulassen, da sie eine solche Koalition für unfruchtbar halten.

Daraufhin traten die Fraktionen zu einer neuen Sitzung zusammen und lehnten den Beschluß der Regierung ab. Damit zeigte sich, daß die Regierung, die ohnedies in sich gespalten ist, auch die Nationalversammlung nicht mehr hinter sich hatte.

## Für und gegen die Unterzeichnung.

Berlin, 20. Juni. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik tritt im „Vorwärts“ für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein. Es werde in Deutschland niemand geben, dem das Ja oder Nein nicht als riesenschweres Schicksalswort erscheine. Jetzt aber könne nicht mehr ausgewichen werden, und der Zentralrat halte es für seine Pflicht, auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Resultat der Zwangslage erfolgen müsse. Sie bedeute kein Abfinden mit den uns auferlegten Bedingungen, im Gegenteil, das deutsche Volk werde nicht aufhören, für die Revision dieser Bedingungen zu wirken, und es hoffe, daß die beginnende Einsicht bei den Völkern der Entente die Revision beschleunigen werde.

Berlin, 20. Juni. Die „Voss. Zig.“ berechnet die Aussichten für die Abstimmung über den Friedensvertrag folgendermaßen: Für die Unterzeichnung werden 20 Unabhängige, etwa 90 Mehrheitssozialisten, 50 Zentrumsabgeordnete und einige Demokraten, insgesamt etwa 170 Abgeordnete stimmen; gegen die Unterzeichnung stimmen geschlossen die beiden Rechtsparteien mit etwa 60 Abgeordneten, ferner 60 Demokraten, etwa 40 Mehrheitssozialisten und 20 Zentrumsabgeordnete, das wären insgesamt rund 180 Abgeordnete. Dieses Verhältnis unterliegt aber ständigen Schwankungen.

Um den Willen der Mehrheit ihrer Fraktion durchzuführen, sind bei den Sozialdemokraten Bewegungen im Gange, für die Abstimmung Fraktionszwang zu verhängen. Sollte dieser geschlossen befolgt werden, dann wäre an der Annahme der Friedensbedingungen bezw. der Unterzeichnung nicht mehr zu zweifeln.

Berlin, 20. Juni. Für den Fall der Unterzeichnung des Friedensvertrages wird nicht eine neue Friedensdelegation entsandt werden, sondern der in Versailles noch anwesende Gesandte, Herr von Daniel, wird die Vollmacht bekommen, den Vertrag zu unterschreiben. Von den Auslandsdelegierten der Mehrheitssozialisten wird daran gearbeitet, einen Vorwand zu finden, um unter Protest zu unterschreiben.

## Der Druck der Feinde.

Frankfurt, 19. Juni. Die holländischen Blätter geben eine Reihe von englischen, amerikanischen und Pariser Meldungen wieder, die alle darauf berechnet sind, zu zeigen, wie gut die Alliierten den Vormarsch vorbereitet haben und wie fest sie entschlossen sind, ihn durchzuführen. Der Vormarsch soll am nächsten Montag beginnen und jeden Tag 25 Kilometer betragen. Alle im militärischen Alter stehenden Deutsche sollen festgenommen und alles Kriegsmaterial, das erbeutet wird, soll fortgeschafft werden. Wenn die Deutschen Widerstand leisten, werden die deutschen Städte aus der Luft beschossen. Andere Telegramme erörtern die Frage, ob unterzeichnet wird oder nicht. „Daily Mail“ führte eine Umfrage in den verschiedenen Kreisen der Konferenz und kommt zu dem Ergebnis, daß die französischen Delegierten glauben, Deutschland zeige wenig Neigung zu unterzeichnen. Die englischen, amerikanischen und belgischen Delegierten sind dagegen optimistisch und glauben an einen Regierungswechsel in Deutschland. (Ist eingetreten.)

Koblenz, 20. Juni. Im rechtsrheinischen Gebiet, namentlich in den Abzweigungen, die den besetzten Gebieten unmittelbar gegenüberliegen, fordern die deutschen Behörden die Einwohner in öffentlichen Ansprachen auf, ihre Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und nicht abzuwandern, sowie keinen Widerstand zu leisten, falls die Alliierten in das unbefestigte Gebiet einmarschieren. In der Pfalz werden von

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Zeitspalte  
oder deren Raum 20 J.  
außerhalb des Bezirkes  
22 J. bei Auslandsverteilung  
durch die Geschäftsstelle  
30 J. extra.  
Kellamr. Seite 50 J.  
Bei größeren Aufträgen  
entsprech. Rabatt, der in  
Falle des Mahnerfahrens  
hinzufließt wird.

Schluss der Anzeigen-  
Annahme 8 Uhr vorm.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für teile. Aufträge wird  
feinerlei Gewähr über-  
nommen.







